

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erstausgabe: Donnerstags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einrechnung 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Sonntags-Beilage, Ziehungslisten der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufslisten der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 137

Dresden, Montag, 16. Juni

1930

Einstimmige Annahme des Osthilfegesetzes im Reichsrat.

Berlin, 16. Juni.
Der Reichsrat trat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Wirth zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.
Ministerialdirektor v. Juchaczewski leitete die Verhandlung über das Osthilfegesetz. Die Reichsregierung beantragte die Annahme des Gesetzes mit dem Zusatz, daß die Mittel für die Stielbildung aus dem Reichsbudget zu entnehmen sind. Der jährliche Reichsausgaben für die Stielbildung werden durch in- oder ausländische Darlehen oder Reichsanleihen bestritten. Hierfür soll ein zentraler Finanzierungsamt gebildet werden.

Die Finanzierungsfrage wird in einem besonderen Gesetzentwurf über die deutsche Osthilfebehandlung behandelt. Die Reichsregierung beantragte eine Entschließung, möglichst bald weitere Mittel zur Förderung des Baues von Eisenbahnen im östlichen Grenzgebiet zur Verfügung zu stellen.

Der Vertreter der Provinz Ostpreußen, Herr v. Gahl, führte aus, die Vorlage bringe eine Teilung der Ostfrage. Die ersten Schritte müßten weitere folgen, wenn das Ziel erreicht werden sollte. Die Ausführung des Gesetzes müsse in die Hände der provinziellen Selbstverwaltung gelegt werden.

Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärte, die nach vorhandenen Mitteln aus dem Gesetz von 1929 werden ungenügend der Provinz Ostpreußen zugute kommen. Die Reichsregierung werde nach wie vor der besonderen Notlage des abgetrennten Ostpreußen Rechnung tragen.

Der Vertreter von Brandenburg, Pommern, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Schleswig-Holstein und Oldenburg erklärten die Regierung, die im Gesetz zugelassenen Hilfsmaßnahmen für diese Länder und Provinzen anzuerkennen.

Einige Änderungsanträge Bayerns wurden nicht unterbreitet.
Der Vertreter der Provinz Oberschlesien beantragte, daß Oberschlesien besondere Notlage

im Gesetz nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Das werde hoffentlich in den Ausführungsbestimmungen nachgeholt werden.

Der Vertreter Niederschlesiens schloß sich für seine Provinz dieser Erklärung an.

Hierauf wurde das Osthilfegesetz einstimmig, das Gesetz über die Stielbildungsgelder bei Stimmhaltung Bayerns angenommen. Angenommen wurde auch die Ausschussentscheidung über Eisenbahnbauten.

Der Reichsrat stimmte weiter der Ergänzung des Etats für 1930 zu, die durch die Grenzhilfe notwendig geworden ist.

Besonders Dr. Gradnauer sprach die Erwartung aus, daß bei der Verteilung der Grenzhilfe auch der Freistaat Sachsen ausreichend berücksichtigt werde.

Der Vertreter der Rheinprovinz forderte die baldige Vorlegung eines Westhilfegesetzes zum Ausgleich der Schäden, die durch die Befreiung angeordnet worden sind. Der Redner beantragte, das Westhilfegesetz so rechtzeitig vorzulegen, daß es unmittelbar im Anschluß an die Osthilfe erlassen werden kann. Dieser Antrag wurde angenommen.

Ministerialdirektor v. Juchaczewski berichtete dann über den Entwurf eines neuen Weingesetzes. Die Vorlage bringt beschleunigte Bestimmungen über den Anbau und die Verarbeitung von ausländischen Weinen. Die Reichsregierung beantragte in einer Entschließung: Das Reich solle die Rechte des Anbauens und der Verarbeitung des Weines übertragen im Staatsgebiet Dr. Weikmann beantragte im Namen der preussischen Regierung eine Beschleunigung des Verfalls des Beschlusses mit ausländischen Weinen. Die Vertreter der Hansestädte äußerten starke Bedenken gegen diesen Antrag. Der preussische Antrag wurde mit 43 gegen 23 Stimmen angenommen.

Mit dieser Änderung wurde das Weingesetz angenommen, ebenso auch die Entschließung.

Die Weltkraftkonferenz.

Berlin, 16. Juni.
Die Weltkraftkonferenz nahm gestern Abend ihren Anfang mit dem Empfang der ausländischen und inländischen Teilnehmer durch den Ehrenpräsidenten Eggeling v. Müller und den Vorsitzenden der Konferenz, Generaldirektor Dr. e. h. W. Köstgen, im Reichstagsgebäude, dessen Räume im Schmuck der Fahnen aller Nationen prangten.
Der Empfang wurde eröffnet mit einer internen Feier im Plenarsaal, die der Übergabe der Insignien der Weltkraftkonferenz an den neuen Ehrenpräsidenten galt. Die Rede der dabei gehaltenen Ansprachen wurde durch den Vizepräsidenten des Deutschen Reichstages v. Karbowitz eröffnet, der die Teilnehmer an der Konferenz im Namen des Deutschen Reichstages willkommen hieß und besonders herzliche Worte der Begrüßung an Lord Derby, den bisherigen Ehrenpräsidenten der Konferenz, richtete.

Lord Derby, der sofort das Wort ergriff, wies zunächst darauf hin, daß sich die Weltkraftkonferenz seit ihrer ersten Tagung im Jahre 1924 zu einer großen ständigen internationalen Einrichtung entwickelt habe mit nationalen Ausschüssen in nahezu 50 verbündeten Ländern, in denen alle an der Entwicklung und Ausnutzung von Kraft interessierte Organisationen vertreten sind. Der Redner wandte sich sodann an Egg. v. Müller und sagte: Ich erlaube nunmehr die angenehme Pflicht, Ihnen die Abzeichen des Präsidiums zu überreichen und zu gleicher Zeit das deutsche nationale Komitee zu dieser seiner Weltkraftkonferenz.

Nachdem Lord Derby seinem Nachfolger den Ehrenpokal überreicht hatte, erhob sich Eggeling Dr. v. Müller, um seinem Dank für die ihm bewiesene Ehrung Ausdruck zu verleihen.

Empfang zu Ehren Lord Derbys.

Zu Ehren des bisherigen Präsidenten der Weltkraftkonferenz, Lord Derby, gab Reichskanzler Dr. Brüning im Reichstagsgebäude einen Empfang, an dem von englischer Seite der Vorsitzende der Organisation für das Elektrizitätswesen Sir Andrew Duncan und der für die Goldbetriebe, Sir David Hilly-Watson, sowie Vizepräsident Newton, von deutscher Seite Reichsminister Treubronn, der nunmehrige Präsident der Weltkraftkonferenz, Eggeling v. Müller, der Vizepräsident des Reichstages v. Karbowitz, Staatssekretär v. Schubert, Staatssekretär Dr. Trendelenburg und andere Vertreter der Behörden und der Technik bewohnten.

In seiner Begrüßungsansprache sagte der Reichskanzler u. a.: Die Weltkraftkonferenz hat sich unter ihrem bisherigen Präsidenten sowohl auf der ersten Tagung in London, wie auch seither stets bemüht in den Dienst der Förderung des Verständnisses zwischen den Völkern gestellt. Deutschland hat hierbei von Anfang an mitgewirkt, und es hat sich zwischen dem deutschen und dem englischen nationalen Komitee eine besonders enge Zusammenarbeit herausgebildet, die sich bei den umfangreichen Vorbereitungen für diese Berliner Tagung in glücklicher Weise bewährt hat. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses Verhältnis gegenseitigen Ver-

ständnisses und Vertrauens, wie es unter der englischen Präsidenschaft von Lord Derby angebahnt worden ist, in den kommenden Jahren der deutschen Präsidenschaft von Egg. v. Müller weitergeführt und vertieft werden möge. Ich bin sicher, daß ich in diesem Punkte mit Ihnen, sehr verehrter Lord Derby, übereinstimme, um so mehr, als wir in Ihnen auch ein Mitglied einer anderen Organisation begrüßen können, deren Ziel es ist, unsere beiden Länder einander näher zu bringen. Ich meine die im vorigen Jahre gegründete deutsch-englische Vereinigung, der auch ich selbst und verschiedene der hier anwesenden deutschen Herren angehören.

Lord Derby dankte in seiner Erwiderung für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit und betonte, es freue ihn, daß jetzt, nach dem einige Jahre zurückliegenden Föder alle Völker zusammen arbeiteten, um den Wohlstand der Welt wieder herzustellen und einen dauerhaften Frieden zu sichern. Der Redner brachte dann eine Botschaft der britischen Regierung an die Weltkraftkonferenz zur Verlesung in der auf die ungeheuren Entwicklungen in der Kraftnutzung im gegenwärtigen Jahrhundert und auf die Probleme, die sich daraus für alle Industriestaaten ergeben, hingewiesen wird.

Die Eröffnungssitzung.

Berlin, 16. Juni.
In der mit den Fahnen der vertretenen Nationen festlich geschmückten Oper fand heute vormittag die Eröffnungssitzung der Zweiten Weltkraftkonferenz statt, an dem neben dem diplomatischen Stab zahlreiche Vertreter des Reichspräsidenten, der Länder der Staaten sowie der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Presse teilnahmen. Nach einem einleitenden musikalischen Vortrag ergriff der Ehrenvorsitzende der Weltkraftkonferenz Eggeling v. Müller das Wort zu einer Ansprache und begrüßte zunächst die Teilnehmer, die Vizepräsidenten der Konferenz. Er betonte in besonderer Weise die Konferenz unter dem Ehrenprotektorat des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der das größte Interesse an der Konferenz nehme. Unter Hinweis auf die moderne Entwicklung der Energien, der Energiequellen und ihrer Ausnutzung unterstrich Eggeling v. Müller die Bedeutung und Aufgaben der Weltkraftkonferenz für alle Staaten der Erde. Er verwies auf die Arbeit des modernen Ingenieurs und erklärte zum Schluß, daß es Sache der Behörden und der Regierungen sei, die Arbeit des Ingenieurs zum Nutzen der Menschheit zu fördern.

Darauf ergriff Reichskanzler Dr. Brüning das Wort.
Er führte u. a. aus: Die deutsche Reichsregierung wird alles tun, die Weltkraftkonferenz in ihrer legendären Arbeit zu fördern. Sie wird noch vor allem auch durch ihre Vertreter mit tiefem Interesse an den Kongreßberatungen teilnehmen und zusammen mit Ihnen, meine Herren, die Wege suchen, die auf dem Gebiete der Energieerzeugung und Verwaltung den hohen Zielen dienlich sind, die Sie sich gesetzt haben.
Der Reichskanzler verließ sodann eine Begrüßungsbotschaft des Reichspräsidenten.

Der Schlußbericht des Reparationsagenten.

Berlin, 16. Juni.
Das Büro des Agenten für die Reparationszahlungen veröffentlicht den vom 21. Mai datierten, von der Reparationskommission am 14. Juni überreichten Schlußbericht Parler Gilberts, der sich auf die Durchführung des Dawes-Planes im fünften Annuitätsjahr und während der sog. Übergangszeit bis zum 17. Mai erstreckt.

Der Reparationsagent stellt fest, daß während der ganzen Zeit des Dawesplanes die Reparationen nach den Bestimmungen des Dawes-Planes vollständig bezahlt und transferiert worden sind und sich gleichfalls befriedigend entwickelt und die ursprünglichen Erwartungen der Sachverständigen des Dawes-Ausschusses vollkommen erfüllt waren nicht abgesehen davon.

Die verpfändeten Einnahmen und die Deutsche Reichsbahngesellschaft bildeten weiterhin zusätzliche Garantien für die Zahlungen der Annuitäten, zu denen sich Deutschland durch den Neuen Plan verpflichtet hat.

Der Dawesplan, so führt Parler Gilbert fort, hat auch seine größeren Ziele erreicht. Die deutsche Währung hat seit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes jederzeit nach innen und nach außen den praktischen Anforderungen des Goldstandards genügt und ist mit dem Inkrafttreten des Neuen Dawes-Planes auf eine volle Goldbasis gestellt worden. Das deutsche Budget ist schon zu Anfang des Dawes-Planes ins Gleichgewicht gebracht, und die Mittel, um es im Gleichgewicht zu halten, wurden durch öffentliche Einnahmen geliefert, die weit über die Erwartungen der Sachverständigen hinausgingen.

Der deutsche Major a. D. Pabst aus Österreich ausgewiesen.

Er ist nach Italien geflohen.

Wien, 16. Juni.
Der Stadtkommandant der österreichischen Heimwehr Major a. D. Waldemar Pabst, der seinen Wohnort in Tirol hat, ist vorgestern hier in Haft genommen und darauf aus Österreich ausgewiesen worden.

Zu dieser unerwarteten Meldung erfahren wir noch aus Wien:

Die Nachricht von der Verhaftung des Majors a. D. Pabst zur Polizei und seiner Ausweisung hat in der Öffentlichkeit und besonders in Heimwehkreisen, wo sie sehr rasch bekannt geworden ist, großes Aufsehen erregt. Von der Polizei sind für alle Fälle Vorkehrungen getroffen worden, um irgendwelche unbesonnenen Handlungen tabulärer Heimwehrkreise zu verhindern.

Der zuständigen Polizeiseite wird zur Aufklärung des Majors a. D. Pabst mitgeteilt: Die Heimwehrbewegung ist erst in letzter Zeit zu politischer Betätigung übergegangen, während sie früher jede Politik ablehnte und die Regierung als Ordnungsmacht unterliegen wollte. Erst in letzter Zeit ist sie mit Erklärungen, welche politische Ziele verfolgten, hervorgetreten, so u. a. damit, daß sie die Macht im Staat ergreifen wolle, und ferner, daß sie beschließen habe, angenommene Gesetze, die den Heimwehrkreisen nicht genehm wären, zu bekämpfen.

Comit sollte sich die Heimwehr also offensichtlich gegen die Regierung, gegen das Parlament und gegen Regierungsbeamte, und nach gegen diese eine aggressive Haltung ein. Durch die Mitteilung deutscher Behörden ist nun einwandfrei festgestellt worden, daß Major Pabst deutscher Staatsangehöriger sei, was er auch selbst zugibt. Mit dem Bemerkten, er beschuldige die österreichische Staatsangehörigkeit erst noch zu erwerben. Da es nicht angeht, daß ein Ausländer in so hohem Maße, wie sie Major Pabst bei

der Heimwehr einnimmt, sich in innerpolitische österreichische Angelegenheiten derart aggressiv einmischt, ist er auf Grund des österreichischen Fremdenrechtes zur Polizei vorgeladen worden. Hier wurde er von der zuständigen Stelle vernommen und auf Grund der vorliegenden Tatsachen der Ausweisungsbefehl gegen ihn ausgesprochen.

Major a. D. Pabst auf der Fahrt nach Italien.

Seine Ausweisungsbefehlsurkunde abgewiesen.

Wien, 16. Juni.
Die Bundespolizeidirektion Wien teilt mit: Der reichsdeutsche Staatsangehörige, Major a. D. Waldemar Pabst, der, wie bereits bekannt, am 14. Juni von der Bundespolizeidirektion Wien aus dem österreichischen Bundesgebiet für ständig ausgewiesen worden ist hat hiergegen an den Landeshauptmann von Wien Verwarnung eingelegt. Die Verwarnung wurde gestern abhändlich beschiednen. Major Pabst, der die Bitte gestellt hat, möglichst bald, und zwar nach Italien abreisen zu dürfen, ist nach Verklärung der Verwarnungsbefehls gestern nachmittags in Begleitung seiner Frau mit dem Flugzeug nach Venedig abgereist.

Vor dem Austritt des österreichischen Handelsministers. Die Witterung erdittern lebhaft die Wahrscheinlichkeit eines nahe bevorstehenden Rücktritts des Handelsministers Gaimisch. Der Grund hierzu soll in verschiedenen in der letzten Zeit hervorgerufenen Gegenständen in einzelnen Bezügen mit anderen Ministern liegen.

Senator Weg gestorben. Der ehemalige französische Finanzminister Weg ist, wie verlautet, im Alter von 63 Jahren gestern plötzlich gestorben.

ihnen die Hilfe gezeigt hatte, fanden und aus dem Gefängnis herauszuholen. Ein Versuch, die...

40 russische Flüchtlinge in Varna.

Sofia, 16. Juni. Nach Blättermeldungen aus Varna ist dort ein...

Schärferes Vorgehen der Regierung in Bombay.

London, 16. Juni. Die Behörden beabsichtigen ansehend durch...

General Dawes - Diktator Chicagos?

London, 16. Juni. "Daily Herald" veröffentlicht eine dröhliche...

Letzte Nachrichten.

Der deutsche Außenhandel im Mai 1930.

Berlin, 16. Juni. Der Wert der Einfuhr im Deutschen Außenhandel...

Blutige Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bei Leipzig.

Leipzig, 16. Juni. Aus Anlaß der Landtagswahlen veranstalteten...

Nach den bisherigen Feststellungen über die Zusammenstöße in Leipzig waren dort zunächst die...

Die Nationalsozialisten gegen das Uniformverbot.

Berlin, 16. Juni. Die Nationalsozialisten haben den gestrigen...

Die Wabewerwaltung tritt ihrerseits ebenfalls in den Kampf ein, indem sie versucht, durch...

Ein weiterer Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Leipzig, 16. Juni. Gestern nachmittag kam es zwischen Nationalsozialisten...

Zeppelinbesuch in Münster.

Münster, 16. Juni. Das Luftschiff "Graf Zeppelin", das gestern...

Das Junkers-Riesenflugzeug unterwegs nach Paris.

Das Junkers-Riesenflugzeug "G 38" ist heute...

Aus der Landeshauptstadt.

Der Kraftpostredirektor im Hauptbahnhof...

Wigman-Schule. Valentini und Gymnastikverleih die letzte Vorstellung der Wigman-Schule...

Der Bibliotheksdirektor des Reichsgerichts...

Der Bibliotheksdirektor des Reichsgerichts...

Der Bibliotheksdirektor des Reichsgerichts...

Der Bibliotheksdirektor des Reichsgerichts...

Der Bibliotheksdirektor des Reichsgerichts...

Mitarbeiter der Nationalsozialisten einen aufgelassenen...

* Protestkundgebung. Die Dresdner Beamten- und Lehrerschaft veranstaltet...

* Der Schriftlich-jurale Volkswahl... am Mittwoch, abends 8 Uhr, im großen Saal...

* Flugzeugunfall. Auf dem Dresdner Flugplatz ereignete sich gestern ein Unfall...

* Der Weinbühler Eitenfahndel. Nach vierwöchiger...

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

* Staatsminister Friedrich Thiering... in Dresden.

